



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 26.02.2021

Für eine bessere Verzahnung der städtischen Arbeitsmarktpolitik – Den öffentlichen Beschäftigungssektor weiterentwickeln

Antrag

Das Sozialreferat und das Referat für Arbeit und Wirtschaft werden gebeten, gemeinsam einen Überblick über alle Angebote der städtischen Arbeitsmarktpolitik zu erstellen. Dabei soll eine Bewertung der aktuellen gesetzlichen Instrumente erfolgen und dargestellt werden, inwieweit wir diese bereits nutzen und wo städtisches Engagement notwendig ist. Beide Referate sollen aufzeigen, welche Entwicklungen sie sehen und welche Zukunftspläne sie haben.

Außerdem bitten wir um Darstellung, in welchem Umfang bereits EU-Mittel für Projekte des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms beantragt wurden oder fließen. Des Weiteren sollen Chancen und Hürden bei der Beantragung von EU-Mitteln aufgezeigt werden.

Begründung

Die Landeshauptstadt München macht seit vielen Jahren mit großem Erfolg eine eigene kommunale Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesregierung hat mit den Instrumentenreformen der vergangenen Jahre regelmäßig die Rahmenbedingungen für aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik verändert. Durch die vielfachen Instrumentenreformen im SGB II und III ist eine Gesamtbetrachtung aller Angebote notwendig. Eine gemeinsame Koordinierung und die Entwicklung neuer Zielsetzungen, in Zusammenarbeit mit den sozialen Betrieben und verschiedenen Beschäftigungsprojekten, hin zu einem städtischen öffentlichen Beschäftigungssektor ist gerade angesichts der nur in Grundzügen absehbaren pandemiebedingten Herausforderungen und Entwicklungen auf dem Münchner Arbeitsmarkt eine Herausforderung aus sozialpolitischer wie arbeitsmarktpolitischer Sicht. Das Ergebnis soll eine gemeinsame Zielsetzung und Strategie aller Angebote sein.

gez.

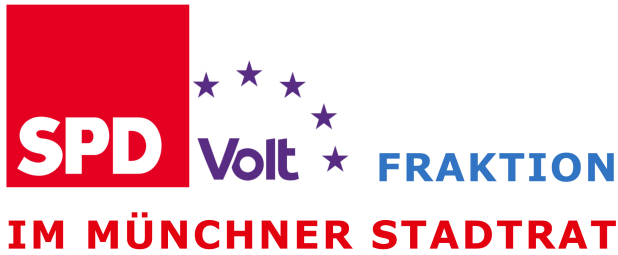
Christian Köning
Simone Burger
Klaus Peter Rupp
Dr. Julia Schmitt-Thiel
Felix Sproll
Christian Vorländer

Clara Nitsche
Julia Post
Sebastian Weisenburger
Beppo Brem
Dominik Krause
Anja Berger

Fraktion SPD/Volt

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Anlage 2



München, den 23.07.2021

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

In die Zukunft wirtschaften III — Nach Corona – die Gesundheitskrise darf nicht zur sozialen Krise werden – das MBQ stärken

Antrag

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) wird beauftragt, für den Haushalt 2022 zwei Stellen (QE 3 und QE 4) für das MBQ anzumelden.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird zudem gebeten, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm darzustellen.

Begründung:

Wohlstand neu zu definieren ist eine große Aufgabe unserer Zeit. Wichtige Kriterien für uns sind Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Dabei müssen ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit stets zusammen gedacht werden. München kommt als bedeutender Wirtschafts- und Finanzstandort eine Vorbildrolle zu und kann mit einer entsprechenden Positionierung weit über die Stadtgrenzen hinaus wirken. Dieser Verantwortung gilt es im Rahmen kommunaler Spielräume gerecht zu werden.

Wir wollen mit zwei zusätzlichen Stellen das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) stärken, um es gut aufzustellen. Denn es stehen große Herausforderungen für die Beschäftigungspolitik an, zum einen die richtigen Antworten auf die Folgen der Pandemie zu finden und zum anderen auch die Transformation der Wirtschaft zu begleiten.

Die Corona-Pandemie hat brennglasartig aufgezeigt, wie wichtig es ist gegen die soziale Spaltung in dieser Stadt anzukämpfen. Ein wichtiger Baustein ist hierbei Menschen ohne Arbeit zu unterstützen und zu qualifizieren, ihr Leben selbstbestimmt wieder führen zu können. Wir wollen das München eine Stadt ist, in der sich alle zu Hause fühlen. Deshalb wollen wir das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm stärken.

SPD/Volt-Fraktion

Initiative:

Simone Burger

Christian Vorländer

Christian Köning

Barbara Likus

Klaus Peter Rupp

Felix Sproll

Fraktion Die Grünen-Rosa Liste

Clara Nitsche

Julia Post

Sebastian Weisenburger

Anja Berger

Bappo Brem

Dominik Krause

Katrin Habenschaden

Mitglieder des Stadtrates

Mitglieder des Stadtrates

Landeshauptstadt München, Behindertenbeirat
Burgstr. 4, 80331 München

**An das
Referat für Arbeit und Wirtschaft**

**per Mail an
beschlusswesen.raw@muenchen.de**

**Facharbeitskreis
Arbeit**

Vorsitzender:

[REDACTED]

Geschäftsstelle:

Burgstraße 4, 80331 München

[REDACTED]

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Datum

19.08.2021

StR-Antrag Nr. 20-26 / A 01748

In die Zukunft wirtschaften III – Nach Corona – die Gesundheitskrise darf nicht zur sozialen Krise werden – das MBQ stärken

Antrag der SPD / Volt – Fraktion, Fraktion Die Grünen – Rosa Liste v. 23.07.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

den Antrag, das MBQ zu stärken, begrüßen wir, in Abstimmung mit dem Behindertenbeauftragten, Herrn Oswald Utz, grundsätzlich.

Dies auch und gerade deshalb da Covid 19 nicht nur in der Stadtgesellschaft sondern besonders auch in der städtischen Wirtschaft gravierende Spuren hinterlassen hat.

So ist es nach monatelangem Lock-down und anderen im Zusammenhang stehenden Rückgängen zu einem schwerwiegenden Abbau von Beschäftigungsverhältnissen gekommen.

Dies trifft besonders Menschen mit Beeinträchtigungen, da besonders viele „Hilfstätigkeiten“ aber auch durchaus qualifizierte Tätigkeiten eingeschränkt bzw. auch abgebaut worden sind.

Fraglich ist in diesem Zusammenhang was zwei zusätzliche Stellen (QE3 und QE4) tatsächlich bewirken können? Zwar zeigt sich einerseits, dass Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gerade jetzt von großer Bedeutung sind, dennoch muss die Frage gestattet sein, ob diese Stellen ausreichend sein können um überhaupt flächendeckend spürbare Verbesserungen verursachen zu können?



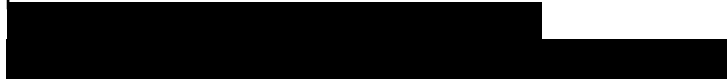
Die Analyse der Ausgangssituation ist sicher erforderlich (z.B. auch auf Grund von Long-Covid Auswirkungen), andererseits sind bereits viele involvierte und engagierte Personen tätig, die sich täglich mit den betroffenen Menschen beschäftigen.

Mit einem gemeinsamen großen Kraftakt sollte es möglich sein, die hoffentlich nur temporären Auswirkungen von Corona darzustellen und ggf. entsprechende finanzielle Mittel in gezielt einzusetzende Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu investieren. Arbeitsplätze gezielt und ggf. sogar dauerhaft zu fördern erscheint in diesem Zusammenhang zielführender.

Keinesfalls sollten jedoch Stellen geschaffen werden, die langfristig ohne entsprechende Möglichkeiten (finanzielle Mittel) und ernsthafte politische Unterstützung arbeiten müssen. Nur wenn vom RAW sichergestellt werden kann, dass auch mittel- und langfristig eine soziale Krise abgewendet werden kann sollte es sich intensiv mit der Aktivität durch das MBQ befassen. Ansonsten erscheint es tatsächlich sinnvoller die Mittel in gezielte Fördermaßnahmen zu investieren und Menschen ohne Arbeit gezielt zu unterstützen und nachhaltig zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen

 (Vors. des FAK Arbeit im Behindertenbeirat der LHS München)





Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 27.07.2021

Den sozialen Folgen der Pandemie wirksam begegnen und für alle da sein, die beim Neustart nach Corona Unterstützung brauchen!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, einen Fonds im Umfang von 7,5 Mio. Euro zu bilden, aus dem strukturelle Angebote zur Bewältigung der sozialen und bildungspolitischen Folgen der Pandemie flexibel finanziert und zeitnah zur Verfügung gestellt werden können.

Der Pandemiefolgenfonds soll dabei sowohl Sach- als auch Personalkosten finanzieren dürfen. Die Aufgabe des Fonds soll es sein, insbesondere in den folgenden Bereichen Unterstützung zu leisten:

- Hilfe für junge Menschen: Angebote für Kinder und Jugendliche, die sowohl in der Schule als auch in ihrer Freizeit Hilfe benötigen, um wieder in einen Alltag zurückkehren zu können, der ihnen die bestmögliche Entwicklung ermöglicht.
- Armutsbekämpfung: Menschen unterstützen, die infolge der Pandemie ihre Arbeit verloren haben oder sich verschulden mussten, damit sowohl die Rückkehr in den Arbeitsmarkt als auch die Entschuldung möglichst schnell gelingt.
- Hilfe im Alter: Seniorinnen und Senioren, die aufgrund der Pandemie vereinsamt sind, aus der Isolation holen und leicht zugängliche und bezahlbare Angebote schaffen, die ihnen eine Rückkehr in die Gemeinschaft ermöglichen.
- Kulturelle und sportliche Teilhabe: Kultur und Sport verbinden und daran müssen alle teilhaben können. Die Münchnerinnen und Münchner brauchen Orte und Flächen, um Sport treiben zu können, aber auch innovative kulturelle Projekte sollen noch mehr Raum und Unterstützung erhalten.
- Integration in den Arbeitsmarkt: Das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm wird personell verstärkt, um den gewachsenen Anforderungen und den speziellen Bedürfnissen von (alleinerziehenden) Frauen nach der Krise gerecht werden zu können.
- Inklusion: Maßnahmen aus der UN-Behindertenrechtskonvention schneller umsetzen.
- Migration: Angebote sichern, die vor allem Menschen mit Migrationshintergrund und schlechten Sprachkenntnissen beim Zugang zum Münchner Hilfesystem unterstützen.

Damit Angebote ohne großen Vorlauf noch 2021, spätestens aber 2022 geplant und finanziert werden können, soll der Fonds flexibel agieren dürfen. Die strategischen Überlegungen der Referate und die daraus resultierenden einzelnen Angebote sind dem Stadtrat jedoch in jedem Fall darzustellen. Die finanziellen Mittel des Fonds sollen dauerhaft zur Verfügung stehen.



Begründung

Viele junge Menschen tun sich schwer mit der Rückkehr in einen geregelten Schulalltag, viele Seniorinnen und Senioren leben nun noch isolierter als vor der Pandemie. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, noch immer sind viele Münchnerinnen und Münchner in Kurzarbeit. Trotz sehr großzügiger Übergangsregelungen im SGB II sind die Anfragen bei den Schuldnerberatungsstellen, aber auch die Anträge auf Wohngeld oder eine geförderte Wohnung auf Rekordniveau. Um den Notlagen der Menschen trotz städtischer Finanzkrise begegnen zu können, sollen den Referaten einmalig 7,5 Mio. Euro für die Jahre 2021 und 2022 zur Verfügung gestellt werden, um schnell und wirksam agieren zu können.

Besonders wichtig ist uns dabei eine stärkere individuelle Unterstützung von Jugendlichen, die nicht in die Schule zurückfinden, aber genauso die Schaffung von kostenfreien oder gut finanzierbaren Freizeitangeboten für Menschen aller Altersgruppen. Den zumindest temporären Ausbau der Schuldnerberatungsstellen halten wir für unverzichtbar, um aus akuten Notlagen keine dauerhaften zu machen. Auch die psychosozialen Folgen der Pandemie, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei älteren Menschen, müssen bekämpft werden.

Der Pandemiefolgenfonds soll ein wesentliches Instrument werden, damit alle, besonders die sozial und wirtschaftlich benachteiligten Münchnerinnen und Münchner, gut aus der Krise kommen. Wir wollen niemanden in einer Notsituation allein lassen.

gez.

Anne Hübner
Christian Müller
Verena Dietl
Lena Odell
Julia Schönfeld-Knor
Simone Burger
Christian Köning
Barbara Likus
Cumali Naz
Roland Hefter

SPD/Volt-Fraktion

Bernd Schreyer
Clara Nitsche
Angelika Pilz-Strasser
Hannah Gerstenkorn
Florian Roth
Sebastian Weisenburger
Sibylle Stöhr
Sofie Langmeier

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Anlage 5

Datum: 17.11.21
Telefon: 0 [REDACTED]
Telefax:

**Personal- und
Organisationsreferat**
Organisation
POR-P3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Strukturwandel durch Pandemie-Folgen und Transformationsprozesse – das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) stärken; Finanzierung“;
(Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03620)

Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 07.12.2021

An das Referat für Arbeit und Wirtschaft

Die im Betreff genannte Sitzungsvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat erst mit E-Mail vom 09.11.2021 zur Stellungnahme zugeleitet. Es wird darum gebeten, künftig die Unterlagen fristgerecht zuzuleiten.

1. Geltend gemachter Mehrbedarf

Mit der Sitzungsvorlage wird die dauerhafte Zuschaltung von 2,0 VZÄ beantragt.

2. Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates

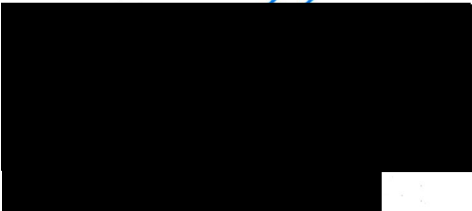
Das Personal- und Organisationsreferat erhebt keine Einwände gegen den geltend gemachten Mehrbedarf.

Der Stadtrat hat in der Vollversammlung am 28.07.2021 im Rahmen des Änderungsantrags zur Beschlussvorlage „Haushaltsplan 2022 Eckdatenbeschluss“ (Vorlagennummer 20-26 / V 03492) die grundsätzliche Umsetzung des Vorhabens genehmigt.

Hinsichtlich der Finanzierung wird auf die Stellungnahme der Stadtkämmerei verwiesen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.



Anlage 6

Datum: 23.11.2021

Telefon: +49 (89) [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]



Landeshauptstadt
München

Stadtkämmerei

Jahreshaushaltswirtschaft

Haushalt

SKA 2.12

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V03620 MBQ stärken - Finanzierung

Beschlussvorlage für den Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft am 07.12.2021

Öffentliche Sitzung

I. An das Referat für Arbeit und Wirtschaft

Die Stadtkämmerei erhebt gegen die o.g. Beschlussvorlage grundsätzlich keine Einwände.

Der Stadtrat hat in der Vollversammlung am 28.07.2021 im Rahmen des Änderungsantrags zur Beschlussvorlage „Haushaltsplan 2022 Eckdatenbeschluss“ (Vorlagennummer 20-26 / V 03492) ein zusätzliches Budget i.H.v. 8 Mio. € für die Bekämpfung der Pandemiefolgen und das Pilotprojekt Bürgerhaushalt genehmigt.

Der grundsätzlichen Umsetzung des Vorhabens wird zugestimmt, jedoch schlägt die Stadtkämmerei eine **Befristung** der Stellen auf 3 Jahre vor, da nach diesem Zeitraum davon auszugehen ist, dass die Folgen der Pandemie erfolgreich eingedämmt sein werden.

Die Stadtkämmerei weist weiterhin darauf hin, dass im Rahmen des Eckdatenbeschlusses unter Antragsziffer 8 (neu Ziffer 10) die Stadtkämmerei beauftragt wurde, zum Schlussabgleich einen Verwaltungsvorschlag zu erarbeiten, der einen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens in Höhe der ordentlichen Tilgungsleistung beinhaltet. Insoweit steht die beantragte Haushaltsausweitung bis zur Verabschiedung des Haushalts unter Finanzierungsvorbehalt.

Die Stellungnahme der Stadtkämmerei ist in die Beschlussvorlage einzuarbeiten oder als Anlage beizufügen.

Das Büro des Oberbürgermeisters sowie das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen), das Revisionsamt sowie das Personal- und Organisationsreferat, erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

Gezeichnet

[REDACTED] 22.11.2021

- II. Abdruck von I. an
Direktorium HA II – V
Büro des Oberbürgermeisters
Personal- und Organisationsreferat
Revisionsamt

z. K.

- III. z. A. / WV

BV Kompaktinfos: **Vor Versand löschen!**

Konsumtiv <input checked="" type="checkbox"/>	Investiv <input type="checkbox"/>
Kosten dauerhaft ab 2023:	171 T€
Kosten einmalig in 2022:	89 T€
befristet von 20XX – 20XX /p.a.	XXX T€
Finanzierung aus Referatsbudget:	<input type="checkbox"/>
Refinanzierung aus Einnahmen:	<input type="checkbox"/>
Pflichtaufgabe:	<input type="checkbox"/>
Stellungnahme POR:	<input checked="" type="checkbox"/>